

Bürgergeld: täuschen, tricksen, tarnen und Kasse machen

Medienspektakel und Programme sollen Lohn- und Sozialabbau vorbereiten

Mit der „Imagekampagne Bürgergeld“ soll darüber hinweggetäuscht werden, dass die FDP den Mittel- und Unterschichten ordentlich ins Portemonnaie greifen möchte. Hinter dem schönen Schein des „Bürgergelds“ verbergen sich happige soziale Kürzungen und Mehrbelastungen sowie die Ausweitung von Niedrig-, Hunger- und Kombilöhnen. Einzig die oberen Zehntausend sollen mit der Etikettierung „Leistungsträger“ in Form von Steuerermäßigungen ein schönes Plus erhalten.

Bei der Kranken- und Pflegeversicherung, bei der Arbeitslosenversicherung und der Altersvorsorge sollen die Kosten auf den Einzelnen, auf Löhne und Sozialleistungen verlagert und so auf indirektem Wege deftig gekürzt werden. Mit dem „Bürgergeld“ bzw. der negativen Einkommenssteuer möchten die Liberalen auch mittlere Löhne und Gehälter in Kombilöhne umwandeln. Nach der NRW-Wahl im Mai 2010 dürften die Liberalen so frei sein wollen, mit dem Staatshaushalt 2011 noch einmal ordentlich nachzulegen.

Westerwelle V – Niebel VI – Solms VII: Weg mit Hartz IV !

Das Bürgergeld ist fast das Gleiche wie Hartz IV – es darf nur etwas weniger Geld, etwas mehr Zwang und etwas mehr Existenzangst für die unteren zwei Drittel der Bevölkerung sein:

- Es bleibt bei der peniblen Bedürftigkeitsprüfung – eher wird sie verstärkt.
- Es bleibt scheinbar beim bisherigen Hartz-IV-Geld – es wird zum „Bürgergeld“ umetikettiert und gekürzt, unter anderem indem mit ihm Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung sowie zur Altersvorsorge bezahlt werden sollen und alle weiteren Sozialleistungen abgeschafft werden sollen.
- Es bleibt bei den gleichen Sachbearbeiter/inne/n – sie sitzen dann nur im Finanzamt.
- Es bleibt bei den Sanktionen – die verschärft werden sollen.
- Es bleibt bei den 1-€-Jobs – die dann von den Kommunen übernommen werden.
- Es bleibt beim Zwang zu Hungerlöhnen – der deutlich verstärkt bzw. die weiter vertieft werden sollen.
- Neu ist, dass auch mittlere Lohn- und Gehaltsgruppen unter das Regime des Bürgergelds bzw. der negativen Einkommenssteuer kommen sollen – und auch keinen Zugang mehr zu anderweitigen sozialen Leistungen haben sollen.